

## In dieser Ausgabe:

Hochschulzugang schwer gemacht (Seite 4), Notenproblem im Staatsexamen (S. 2), Tarifgespräche über Hilfskräfte (S. 3), Koalitionsvertrag auf dem Prüfstand (S. 3) und mehr...

### Kurz & bündig

#### Studienrekord

Mit 29.800 neuen Studierenden an hessischen Hochschulen ist im laufenden Wintersemester ein neuer Erstsemesterrekord zu verzeichnen. Während es im Vergleich zum vergangenen Wintersemester 5 Prozent mehr Studienanfänger gab, stieg die Zahl der Studierenden in Hessen insgesamt um 8 Prozent und erreichte mit 184.500 Studierenden ebenfalls einen neuen Höchststand. Dagegen ging die Zahl der Hochschulbeschäftigten (ohne studentische Hilfskräfte) um 0,6 Prozent auf 40.192 zurück.

#### B.A./M.A. in der Lehrerbildung

Die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in der Lehrerbildung in einigen Bundesländern ist für viele ein „worst-practice“-Beispiel für die unbefriedigende Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland. Kurz vor der Entscheidung über die Umstellung auch der hessischen Studiengänge bietet eine neue GEW-Broschüre Informationen und Analysen zum Thema: „Endstation Bologna? Die Reformdebatte zur LehrerInnenbildung in den Ländern, im Bund und in Europa“.

<http://wissenschaft.gew-hessen.de>  
>Materialien aus Hochschule und Forschung.

#### Lehrer erhält Schadensersatz

Michael Csaszakóczy wurde 2004 die Einstellung in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg verweigert. 2005 folgte das Land Hessen. Denn der angehende Realschullehrer hatte sich in einer antifaschistischen Initiative engagiert. Csaszakóczy wehrte sich mit der GEW politisch und juristisch gegen das Berufsverbot. Nachdem die Gerichte dem Lehrer 2007 Recht gaben, wurde Csaszakóczy eingestellt. Nun hat ihm das Landgericht Karlsruhe für sein vierjähriges Berufsverbot und den damit verbundenen Verdienstausfall eine Entschädigung von 33.000 Euro zugesprochen. Der Rückfall in die grundrechtswidrige Praxis der Berufsverbote dürfte damit gestoppt sein.

## Der Bildungstreik geht weiter! Protest gegen neues Hochschulgesetz

Am 17. November protestierten gut 10.000 Studierende, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler in Wiesbaden gegen die Bildungspolitik der Landesregierung. Gut 5.000 Lehrerinnen und Lehrer streikten für die Senkung der Pflichtstunden und die Einstellung junger KollegInnen. Der studentische Protest richtete sich vor allem gegen das geplante neue Hessische Hochschulgesetz (HHG).

„Entscheidungen werden nicht mehr da getroffen, wo sie sich auswirken, oder wo Leute Ahnung davon haben“, kritisierte Jan Beberweyk als Sprecher der Landes-Asten-Konferenz den HHG-Entwurf der Landesregierung, der noch im Dezember verabschiedet werden soll. Der Entwurf garantiere auch „keinen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz, keine grundsätzliche Möglichkeit zum Teilzeitstudium“ und bringe auch keine Verbesserung für die über 10.000 studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte in Hessen, beanstandete der Marburger Lehramtsstudent auf der Kundgebung in Wiesbaden.

Auf heftige Kritik war der HHG-Entwurf bei Vertretern von Studierenden und Hochschulbeschäftigten bereits bei einer Landtagsanhörung Ende Oktober gestoßen. So bemängelte die GEW etwa die gestrichene Mindestvertragslaufzeit für Qualifikationsstellen und das Ausscheiden einer weiteren Hochschule aus dem Geltungsbereich des Landes-Tarifvertrages. Die Hochschulpräsidenten, die als Vertreter ihrer Hochschulen auftraten, störte hauptsächlich, dass die überwiegend mit Wirtschaftsvertretern besetzten Hochschulräte sie künftig nicht mehr nur beraten sondern wichtige Entscheidungen selbst treffen sollen. Denn von den Änderungen, die die schwarz-gelben Koalition in Hessen als „Hochschulautonomie“ verkauft, profitieren manche: Die Pro-

fessorinnen und Professoren können mit ihrer einfachen Mehrheit im Senat künftig die Grundordnung der Hochschule beschließen und dabei die anderen Gruppen aus allen Gremien drängen, denn die Schutzvorschriften für die Beteiligung der Studierenden und Mitarbeiter sollen entfallen. Die Hochschul-Präsidenten bekommen mehr Macht. Sie können künftig sogar Professoren berufen und die Hälfte der Sitze im Hochschulrat bestimmen. Und der Hochschulrat entscheidet künftig, wen der Senat zum Hochschulpräsidenten wählen darf, und er bestimmt bei Entwicklungsplanung und Berufungen mit. „Das neue HHG setzt im wesentlichen das Gegenteil von dem um, wofür während des Bildungstreiks im Sommer 270.000 Menschen auf die Straße gegangen sind.“, kritisierte Sebastian Ankenbrand von AStA der TU Darmstadt. „Wenn die Landesregierung weiterhin unsere Forderungen so konsequent ignoriert, sollte sie sich schon mal auf weitere, heftigere Proteste einstellen.“ Den Gesetzesentwurf, die Stellungnahmen, Änderungsanträge und die Protokolle der Plenardebatten sind in der Datenbank des Landtages zu finden (<http://starweb.hessen.de/Drucksachenummer/18/1044>).

Trotz heftigen Regens zogen am 17. November etwa 10.000 Menschen durch die Wiesbadener Innenstadt.



## Vertretung für Lehramtsstudierende Uni Kassel stoppt "L-Netz"-Wahl

In diesem Semester sollten die über 4000 angehenden Lehrerinnen und Lehrer der Uni Kassel das erste Mal eine eigene Fachschaft wählen. Doch Uni-Kanzler Robert Kuhn verhinderte die Wahl zur zweiten Lehramtsfachschaft in Hessen – und vertröstet auf das neue Hessische Hochschulgesetz. Justin Pfeifer, Vertreter der Lehramtsstudierenden im Zentrum für Lehrerbildung (ZLB), berichtet.

Nach Zusagen des Kanzlers und des Justizariats der Universität Kassel schienen sich die langjährigen Bemühungen von AStA, ZLB und GEW auszuzahlen: Die Lehramtsstudierenden, die in Kassel fast ein Viertel der gesamten Studierenden stellen, sollten endlich eine fachschaftssähnliche Interessenvertretung bekommen. Um nicht weiter Anhängsel der einzelnen Fachbereiche zu sein, sollten alle angehenden Lehrerinnen und Lehrer das „L-Netz“ bilden, welches beim ZLB angedockt sein sollte. Im Januar hätten sie parallel zu den studentischen Hochschulwahlen (StuPa und Fachschaftsräte) zwölf VertreterInnen in den L-Netz-Rat gewählt, der sie in Fragen von Lehre und Studium, Abschlussprüfungen sowie des Übergangs zur zweiten Pha-

se vertreten sollte – und der wiederum sechs Studierende in den Zentrumsrat und zwei in den Zentrumsvorstand des ZLB entsandt hätte. Die sächlichen und finanziellen Mittel für die Fachschaftsarbeit hätte das ZLB zuweisen sollen. Geplant waren unter anderem eine Homepage und die Herausgabe einer Zeitschrift in Kooperationen mit den Institutionen der Kasseler LehrerInnenbildung. Weiter sollten L-Netz-Aktive ihre Arbeit im Rahmen des gestuften Lehramtsstudiums als Schlüsselqualifikation anrechnen können.

Doch die neben dem „L-Netz“ an der Uni Frankfurt zweite Lehramtsfachschaft in Hessen, wird es nun so schnell nicht ge-

ben. Anders als in Frankfurt, wo das L-Netz unter der Präsidentschaft des Juraprofessors Rudolf Steinberg eingerichtet wurde, scheint das in Kassel rechtlich unmöglich zu sein. Am 3. August 2009 schrieb Kanzler Dr. Robert Kuhn dem ZLB, das aktiv an der „Etablierung einer besonderen Vertretung der Lehramtsstudierenden“ beteiligt war: Die vorgeschlagene Lösung räume den Studierenden gegenüber den anderen Gruppen eine Sonderstellung ein, weshalb dem Wunsch nicht entsprochen werden könne. Das neue Hessische Hochschulgesetz, das derzeit im Landtag beraten wird, ermöglicht es nach Ansicht des Kanzlers, eine Lehramtsfachschaft als Teil der studentischen Selbstverwaltung einzurichten. Ob mehr dahinter steckt als präsidiale Hinhaltetaktik, wird sich also zeigen müssen. So geht leider wieder ein Studienjahr ohne Interessenvertretung für Lehramtsstudierende ins Land...



## Examensnoten falsch berechnet Umrechnungstabelle geändert

Eine Tabelle im Lehrerbildungsgesetz verschlechterte die Staatsexamensnoten der hessischen Lehramtsstudierenden. Nach von der GEW unterstützten Protesten und Klagen wurde das Gesetz inzwischen geändert: Das Problem und seine Lösung schildert Johannes Götting, hochschulpolitischer Referent des AStA Kassel.

An und für sich ist eine Tabelle kein spektakuläres Gebilde. In diesem Sinne müssen sich einige Ministerialbeamte im Kultusministerium an die Erarbeitung einer Tabelle für das Hessische Lehrerbildungsgesetz gemacht haben, einer Auflistung von Notenstufen, Dezimalstellen und Punkten, die zur Ermittlung der Gesamtnote der Staatsprüfung dient. Die fehlerhafte Umrechnungstabelle hatte bereits bei der Verabschiedung des

Hessischen Lehrerbildungsgesetzes im Jahre 2005 Verbände, Parlamentarier und Vertreter der Studierendenschaften zur heftigen Kritik bewegt. Danach schien die Tabelle in Vergessenheit geraten zu sein, bis einige Kasseler Studierende im Frühjahr 2009 ihre Endnoten berechneten, da das erste Staatsexamen und somit die Bewerbungsphase für den Vorbereitungsdienst näher rückte. Der Kampf der Studierenden

für eine gerechte Benotung, die sie nicht gegenüber Bewerberinnen aus anderen Bundesländern benachteiligen sollte, erzeugte ein mediales Echo ungeahnten Ausmaßes. Trotz studentischer Proteste und erster Klagen einzelner Studierender wurde im Kultusministerium zunächst wenig unternommen, das bekannte Problem zu korrigieren. Mit der Unterstützung von Studierendenvertretern und der GEW konnte die Kritik jedoch in den parlamentarischen Prozess eingebracht werden. Der Landtag korrigierte schließlich mit dem Hessischen Lehrerbildungsgesetz vom 14. Juli 2009 die Benotungstabelle, den Auslöser des studentischen Protestes.

„Referendariatsplätze statt Quereinsteiger“ war eine Forderung der Lehramtsstudierenden, die im Juni zum Wiesbadener Landtag zogen. Dieser änderte immerhin eine fehlerhafte Notentabelle.



## Hilfskräfte in den Tarifvertrag?! Tarifparteien vereinbaren Gespräche

Mehr Geld, mehr Urlaub, tariflicher Schutz? Hilfskräfte haben derzeit eine Chance für sich die Vorteile eines Tarifvertrages zu erstreiten, denn die Gewerkschaften haben gegenüber dem Land Gespräche dazu durchgesetzt. Andreas Staets, Hochschulreferent der GEW Hessen, berichtet.

Im Februar beteiligten sich studentische Hilfskräfte aus Marburg, Gießen und Frankfurt an den Warnstreiks der Landesbeschäftigten. Der schließlich erreichte Tarifaabschluss brachte den Landesbeschäftigten seit April 3 Prozent und ab März 2010 noch einmal 1,2 Prozent mehr Geld. Das gilt auch an den Hochschulen – aber nicht für Hilfskräfte, denn sie sind aus dem Tarifvertrag ausdrücklich ausgeschlossen. Die Höhe ihres Gehalts legen in Hessen seit 2004 einseitig die Hochschulen fest. Mit Resolutionen und Protesten gelang es im vergangenen Jahr immerhin, gegenüber den Universitäten nach 15 Jahren ohne Lohnanpassung eine Lohnerhöhung um magere 6 Prozent zu erreichen.

Doch die Beteiligung von studen-

tischen Hilfskräften am Warnstreik kann auch für sie selbst noch Früchte tragen. Es gelang den Gewerkschaften nämlich, gegenüber dem Land Hessen Gespräche darüber durchzusetzen, ob Hilfskräfte in den Tarifvertrag aufgenommen werden. Der brächte unter anderem regelmäßige Lohnanpassungen, mehr Urlaub und Zuschläge etwa für Überstunden oder Sonntagsarbeit. Gelingen wird das allerdings nur, wenn die studentischen Hilfskräfte selbst aktiv werden. Sie müssen an den Hochschulen und in der Öffentlichkeit klar machen, dass sie keine sporadischen Aushilfen oder Lehrlinge mehr sind, sondern flexibel und schlecht bezahlt hochqualifizierte Arbeit leisten, ohne die die Hochschulen dicht machen könnten. Schließlich stehen den



gut 8.000 Hilfskräften an den hessischen Hochschulen knapp 8.000 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und gerade einmal 3.000 Professuren gegenüber. Zudem müssen heutzutage die meisten Studierenden arbeiten, um ihr Studium zu finanzieren. Auch Hilfskraftstellen sollten deshalb durch lange Vertragslaufzeit und gute Bezahlung tatsächlich einen verlässlichen Beitrag zur Studienfinanzierung leisten.

Studentische Hilfskräfte fordern beim Warnstreik der Landesbeschäftigten in Gießen tarifliche Standards.

## Koalitionsvertrag auf dem Prüfstand

„Qualität für Studium und Hochschule“ ist ein Kapitel im 128 Seiten dicken Koalitionsvertrag überschrieben, den CDU, CSU und FDP am 26. Oktober in Berlin unterzeichneten. Was die dann folgenden elf Sätze für Hochschulen und Studierende bedeuten, fragten wir Dr. Andreas Keller, den Hochschulexperten der GEW.

Sehr geehrter Herr Keller, werden die Hochschulen mehr Geld bekommen? Im Koalitionsvertrag steht: „Hochschulpakt, Pakt für Forschung und Innovation und Exzellenzinitiative werden fortgeführt. So haben es die Regierungschefs von Bund und Ländern beschlossen“

Keller: Ein leidenschaftliches Bekenntnis zu diesem Beschluss sieht anders aus, aber die GEW wird die Koalition beim Wort nehmen und nicht zulassen, dass an den zusätzlichen 18 Milliarden Euro für die Wissenschaft gerüttelt wird. Wer die Studienanfängerquote weiter steigern und die Qualität der Lehre verbessern möchte, wird aber auch damit nicht auskommen. Die GEW erinnert daher an die Vereinbarungen des Dresdener Bildungsgipfels von 2008, die Ausgaben für Bildung und Forschung auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern.

Die Koalition möchte das BAföG „sichern und weiterentwickeln“. Eine gute Nachricht?

Diese abstrakte Absicht wird nicht mit konkreten Vereinbarungen unterlegt.

Statt auf eine Sicherung und Weiterentwicklung des BAföG konzentriert die Koalition ihre Kräfte auf den Ausbau eines „nationalen Stipendienprogramms“ – gemeinsam mit der Wirtschaft. Bis zu zehn Prozent der Studierenden sollen „ausschließlich nach Begabung einkommensunabhängig“ Stipendien in Höhe von 300 Euro im Monat erhalten. Die GEW sieht die Gefahr eines Paradigmenwechsels: weg vom Rechtsanspruch auf bedarfsdeckende Ausbildungsförderung hin zum Zubrot als Gnadenakt. Die Studienanfänger- und Erfolgsquote setzt eine soziale Öffnung der Hochschulen voraus, die nicht ohne eine Stärkung und einen kräftigen Ausbau des BAföG erreicht werden kann!

Bundesbildungsministerin Annette Schavan hat sich im Juli 2009 unter dem Eindruck des Bildungsstreiks für Kurskorrekturen im Bologna-Prozess stark gemacht. „Studierende sollten selbst entscheiden können, ob sie einen Master machen wollen oder nicht“, lautete eine ihrer Forderungen. Ist das auch die Linie der Koalition?

Noch im Wahlprogramm von CDU und CSU hieß es „Die Reform der Studienstrukturen nach dem ‘Bologna-Prozess’ muss unvoreingenommen überprüft und darf nicht schematisch auf alle Studiengänge erstreckt werden“. Der nun vorliegende Koalitionsvertrag ist deutlich zurückhaltender: „Die



Umsetzung des Bologna-Prozesses ist in Deutschland sehr weit vorangekommen, die wesentlichen Ziele sind in weiten Teilen erreicht.“ Gemeinsam mit den Ländern und den Hochschulen möchte die Bundesregierung ein „Bologna-Qualitäts- und Mobilitätspaket“ schnüren, mit dem u. a. die Betreuung und Beratung der Studierenden verbessert werden soll. Wir sind gespannt auf Einzelheiten des Pakets und ob die Hochschulen mit einer zusätzlichen finanziellen Unterstützung rechnen dürfen. Die GEW wird die alte und neue Bildungsministerin an ihre Zusagen vom Juli erinnern und die Studierenden, die im Sommer erfolgreich bildungsgestreikt haben, ermuntern, dies auch zu tun.

Dr. Andreas Keller ist Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

## Landesregierung entwertet Abitur

Die Landesregierung möchte die Hochschulen mit einem neuen Gesetz verpflichten, sich ihre Studierenden mit Hilfe etwa von Tests oder Auswahlgesprächen auszusuchen. Das kostet nicht nur Geld, sondern gefährdet auch das Recht auf einen Studienplatz.

Protestierende Studierende besetzten Ende November das Darmstädter Schloss. Ähnliches geschah zuvor schon an vielen Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Eine einschneidende Änderung der Hochschulzulassung hat die Landesregierung im Begleitgesetz zu einem Staatsvertrag versteckt. Während solche Gesetze sonst ohne große Diskussion den Landtag passieren, gibt es diesmal Streit, denn die Landesregierung will die Hochschulen verpflichten, neben der Abiturnote weitere Kriterien bei der Studienplatzvergabe zu berücksichtigen. Durch diese Entwertung des Abiturs wird „ein Haupt-

argument für die Einführung des Zentralabiturs, ‚Vergleichbarkeit‘ herzustellen, obsolet“, kritisiert Christoph Baumann vom Referat Schule der GEW Hessen. „Die Landesregierung setzt damit auf Auswahl-



verfahren, deren Prognosewert für ein erfolgreiches Studium nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft geringer ist als der der Abiturnote oder gar gänzlich unbekannt“, ergänzt Ulrich Heinz von der GEW-Fachgruppe Hochschule und Forschung in Hessen. „Die vorgeschriebenen Verfahren sind zudem höchst aufwendig und binden Personal, das in der Lehre dringend gebraucht wird.“

Was künftige Studienbewerber auch in Hessen erwartet, zeigen die Auswahlverfahren der Universität in Heidel-

berg. Die juristische Fakultät hat das Profil eines „idealen Jura-Studenten“ entwickelt und ein psychologisches Institut mit der Durchführung entsprechender Eignungstests beauftragt. Im Studiengang Biologie werden in Vieraugen-Gesprächen mit einem Professor Hobbys, außerschulische Aktivitäten und soziales Engagement abgefragt und zum Entscheidungskriterium gemacht. „Ein Widerspruchsrecht sieht das intransparente und willkürliche Verfahren nicht vor“ berichtet Christoph Baumann. Da er es weitgehend den Hochschulen überlässt, ihre Studierenden auszuwählen, kritisiert die GEW auch den von den Bundesländern ausgehandelten Staatsvertrag zur Hochschulzulassung. Die Dezentralisierung führt schon heute zu einem Zulassungschaos, weil sich Studienbewerber an zahlreichen Hochschulen bewerben müssen, um ihre Chance auf einen Studienplatz zu wahren. Bekommen einige dann mehrere Angebote, so dass Plätze leer bleiben, werden oft mehrere Nachrückverfahren nötig, die sich teilweise bis ins Semester ziehen. Das Ergebnis sind ungenutzte Studienplätze, während gleichzeitig Bewerber leer ausgehen. „Dieses Verfahren beraubt Semester für Semester Tausende junge Menschen ihrer Zukunftschancen und verletzt damit eklatant ihr vom Grundgesetz geschütztes Recht auf Hochschulzulassung“, stellt Carmen Ludwig, stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Hessen, fest.

### Termine

#### "Analyse unserer Zeit" - Ringvorlesung in Darmstadt

Zusammen mit den ASten der Darmstädter Hochschulen lädt die GEW auch im Wintersemester wieder Soziologen, Pädagogen und Philosophen zu Vorträgen ein. Das Thema ist diesmal: „Subjekt Gesellschaft – Beiträge zur Analyse unserer Zeit“. Die Ringvorlesung findet mittwochs von 17 bis 19 Uhr im Darmstädter „Schlosskeller“ statt.

- 09.12.** Klaus Dörre (Jena): *Die Klassenstruktur der Gesellschaft*
- 16.12.** Hans-Joachim Busch (Frankfurt): *Unbehagen – und sonst gar nichts? Eine psychoanalytisch-sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose.*
- 13.01.** Michael Hartmann (Darmstadt): *Macht und Finanzkrise – gibt es einen Zusammenhang?*
- 20.01.** Susanne Spindler (Darmstadt): *Rassismus trotz Diversität – wie und warum wir mit Rassismus soziale Ungleichheit herstellen.*

### Dein Kontakt zur GEW

Suchst Du Infos etwa zum Hiwi-Job, zum Lehramt oder zur Hochschulpolitik, möchtest Du Fragen oder Kommentare loswerden oder bei uns mitmachen? Die GEW-Ansprechpartner helfen gerne weiter.

#### GEW-Landesstudierendensprecher

Jan Beberweyk, Florian Hartmann und Nadia Sergan. Mail: [studierende@gew-hessen.de](mailto:studierende@gew-hessen.de)

#### Kassel

Justin Pfeifer, GEW Studierenden-Gruppe c/o GEW, Friedrich-Engels-Str. 26, 34117 Kassel  
Tel: 0561/ 77 17 83, Mail: [justin.pfeifer@gew-huf-kassel.de](mailto:justin.pfeifer@gew-huf-kassel.de)

#### Marburg

Jan Beberweyk, c/o GEW-Hochschulbüro, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg, Fax: 06421/ 95 23 96  
Mail: [janbeberweyk@gmx.de](mailto:janbeberweyk@gmx.de)

#### Gießen

Florian Hartmann, c/o AStA der Uni Gießen, Otto-Behaghel-Straße 23-27, 35394 Gießen,  
Fax: 0641/ 47 11 3  
Mail: [master\\_flo@gmx.de](mailto:master_flo@gmx.de)

#### Frankfurt

Nadia Sergan, GEW Studierenden-Gruppe Frankfurt c/o GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Fax: 069/ 97 12 93 93  
Mail: [nadiasergan@aol.com](mailto:nadiasergan@aol.com)

#### Darmstadt

Sebastian Ankenbrand, GEW-Studierendengruppe Darmstadt c/o GEW BV Südhessen, Gagernstraße 8, 64283 Darmstadt, Mail: [sebastian.ankenbrand@web.de](mailto:sebastian.ankenbrand@web.de), <http://www.gew-studis-darmstadt.de/>

### Impressum

Die GEW-Hochschulzeitung wird herausgegeben von der GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt.

An dieser Ausgabe wirkten mit: Christoph Baumann, Jonas Baumann (Layout), Johannes Götting, Andreas Keller, Marcel Krüger, Mathias Lomb, Carmen Ludwig, Justin Pfeifer und Andreas Staets.

Bilder: Barbara Dietz-Becker, Andreas Staets, GEW.

Druck: Druckkollektiv Gießen, Auflage 9.000.

V.i.S.d.P.: Andreas Staets, GEW Büro für Hochschule und Forschung, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg.